



Frau
Dr. Ingrid Nestle
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Juli 2021
Frage Nr. 365**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Aus welchen Gründen baut die Bundesregierung bislang primär mit weiter entfernten Regionen wie Saudi-Arabien, Australien oder Westafrika ([www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/03/20210311-altmaier-unterzeichnet-gemeinsame-absichtserkl%C3%A4rung-zur-deutsch-saudischen-wasserstoffzusammenarbeit.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/03/20210311-altmaier-unterzeichnet-gemeinsame-absichtserklaerung-zur-deutsch-saudischen-wasserstoffzusammenarbeit.html), www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/06/20210613-unterzeichnung-einer-absichtserklaerung-zur-gruendung-einer-deutsch-australischen-wasserstoffallianz.html, www.wasserstoff-leitprojekte.de/partner_projekte/potenzialatlas) Kooperationen zwecks Wasserstoffimporten auf statt zuerst die energiepolitische Zusammenarbeit mit europäische Länder mit hohen erneuerbaren Energien Potentialen zu vertiefen, und wie gewichtet die Bundesregierung bei der Erarbeitung ihrer internationalen Wasserstoffabkommen das Risiko einer Energie-Abhängigkeit von Regionen mit politischen Instabilitäten und/oder Menschenrechtsverletzungen?

Antwort:

Grüner, aus erneuerbarem Strom hergestellter Wasserstoff, wird zum Erreichen des Ziels der Klimaneutralität 2045 einen Betrag in den Sektoren leisten, die nicht über den direkten Einsatz erneuerbaren Stroms dekarbonisiert werden können. Einen großen Teil des hierfür erforderlichen grünen Wasserstoffs dürfte Deutschland aus heutiger Sicht importieren müssen. Zur Sicherstellung der Versorgung mit grünem Wasserstoff ist daher eine Kooperation mit internationalen Partnern erforderlich. Die enge Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern ist der Bundesregierung hierbei ein Kernanliegen und wird entsprechend intensiv verfolgt. So treibt die Bundesregierung die Förderung von grünen Wasserstoffprojekten innerhalb der Europäischen Union (EU) mit europäischen Partnern voran, bringt sich aktiv bei der Umsetzung der EU-Wasserstoffstrategie ein und setzt sich für die Schaffung eines förderlichen EU-Rahmens zur grünen Wasserstoffherzeugung und -nutzung ein. Unter anderem sollen im Rahmen der „Important Projects of Common European Interest (IPCEI)“ (deutsch: „Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“) grüne Wasserstofftechnologien und -systeme unterstützt werden. IPCEI leisten als gemeinsame Investitionsanstrengung kooperierender europäischer Unternehmen, flankiert durch staatliche Förderung, einen wichtigen Impuls im europäischen Binnenmarkt und für die Erreichung der Energie- und Klimaziele und stärken so Wachstum, Beschäftigung, Innovationsfähigkeit und globale Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/ipcei-wasserstoff.html). Die Bundesregierung koordiniert zudem den IPCEI-Prozess auf EU-Ebene zwischen den europäischen Partnerstaaten.

Neben der Kooperation auf EU-Ebene ist auch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten essentiell, um die langfristige Versorgungssicherheit mit grünem Wasserstoff zu erhöhen und Märkte für deutsche Unternehmen in diesem strategischen Feld zu erschließen. Hierbei kooperiert die Bundesregierung bewusst mit einer Vielzahl von Partnern, um die Diversifizierung der Energieversorgung zu erhöhen und eine mögliche Energieabhängigkeit von einzelnen Partnerländern zu vermeiden. Wasserstoff aus erneuerbaren Energien hat hierbei den Vorteil, dass er in einer Vielzahl von Ländern

erzeugt werden kann und die Möglichkeiten zur Diversifizierung der Importquellen somit sehr groß sind.

Die Bundesregierung strebt dabei auch bewusst die Kooperation mit derzeitigen Exporteuren fossiler Energieträger an, um diese Länder dabei zu begleiten, alternative Wirtschaftszweige aufzubauen, die mit einer klimaneutralen Zukunft kompatibel sind. Ein offener Dialog mit Drittstaaten, u.a. Saudi-Arabien, auch zu schwierigen Fragen ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Die Bundesregierung wird Themen von beiderseitigem Interesse und auch konkrete Fälle zur Menschenrechtssituation weiter mit Saudi-Arabien aufnehmen. Die Bundesregierung begrüßt die wirtschaftliche Zusammenarbeit und setzt sich für ihren Ausbau ein. Nach Einschätzung der Bundesregierung stellt eine erfolgreiche wirtschaftliche Diversifizierung Saudi-Arabiens einen wichtigen Beitrag zu den eingeleiteten gesellschaftlichen Reformen dar. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Christopher Gohl, Alexander Graf Lambsdorff, Gyde Jensen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP vom 8. Juni 2021 (Bundestagsdrucksache 19/30379) verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen